

SÄCHSISCHER LANDTAG

I. Wahlperiode — 52. Sitzung (Sondersitzung)

Freitag, den 4. Februar 1949

Beginn: 9²⁰ Uhr

Anwesende Minister:

Herr Ministerpräsident Max Seydewitz
Herr Minister Walther Gäbler
Herr Minister Helmut Holtzhauer
Herr Minister Dr. Georg Knabe
Herr Minister Gerhard Rohner
Herr Minister Dr. Dr. Reinhard Uhle

Verlesung eines Aufrufes des Präsidiums des Deutschen Volksrates „Nationale Selbsthilfe gegen nationale Notstände“ sowie des Entschließungsantrages aller Fraktionen des Sächsischen Landtages.
(Drucksache Nr. 982)

Präsident Otto Buchwitz S. 1141

Beschluß:

Das Haus stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Ende der Sitzung: 9³⁵ Uhr

Präsident Buchwitz:

Die Sitzung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren!

Die Herren Fraktionsführer sind an mich herangetreten und haben darum ersucht, der eigentlichen Sitzung, deren Tagesordnung Ihnen zugegangen ist, eine kurze Sondersitzung vorangehen zu lassen. Es geschieht aus dem Grunde, weil die Herren der Meinung sind, daß wir angesichts der Lage, die sich im Westen Deutschlands nunmehr abzeichnet, in diesem Hohen Hause nicht daran vorübergehen können und als Volksvertretung des Landes Sachsen genötigt sind, zu dieser Situation Stellung zu nehmen. Es wird dem Hause zu dieser Frage eine Entschließung unterbreitet, die gestern gemeinsam ausgearbeitet wurde. Ich darf ferner mitteilen, daß die Herren, die zusammengetreten waren, um diese Frage zu beraten, dem Hause einen Aufruf und die Entschließung des Deutschen Volksrates unterbreiten und vorschlagen, diesen Aufruf sich hier in diesem Hause zu eigen zu machen. Ich würde also jetzt diese Sondersitzung abhalten und nach Ablauf dieser Sitzung, die sehr kurz sein wird, eine Unterbrechung von 10 Minuten eintreten lassen. Alsdann treten wir in die eigentliche Tagesordnung ein, die Ihnen zugegangen ist. Widerspruch dagegen erfolgt wohl nicht? Ich stelle das fest.

Ich gebe Ihnen zunächst den Aufruf des Deutschen Volksrates im Wortlaut bekannt:

„Das deutsche Volk sieht sich vor schicksalhafte Entscheidungen gestellt. Die westlichen Besatzungsmächte unter Führung der amerikanischen Militärregierung sind im Begriff, Deutschland zu zerreißen. Nicht genug mit der Einführung der Separatwährung, nicht genug mit der Vorbereitung einer separaten Westregierung —, die Westmächte haben nun auch noch das wirtschaftliche Herz Deutschlands, das Ruhrgebiet, für unabsehbare Zeit aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgeschnitten. Die „Ruhrbehörde“, die nur ein Instrument ausländischer Imperialisten ist, will über 90 v. H. der deutschen Kohlenförderung und über 85 v. H. der deutschen Eisen- und

Stahlerzeugung sogar nach Abschluß eines Friedensvertrages verfügen und damit ganz Deutschland und Westeuropa in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit halten.

Nach dem Willen der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihres französischen Anhangs soll es kein einheitliches, souveränes Deutschland geben. Das deutsche Volk soll gehindert werden, seine Wirtschaft und seine nationale Existenz in eigener Verantwortung, nach eigenen demokratischen Grundsätzen aufzubauen. Über das Ruhrstatut hinaus ist die ganze Wirtschaft Westdeutschlands, Nord- und Süddeutschlands unter die eiserne Faust des internationalen Trustkapitals geraten. Durch die Errichtung der militärischen Sicherheitsbehörde wird jeder Betrieb, jedes technische Büro, jedes Forschungslaboratorium der Kontrolle ausländischer Konkurrenten ausgeliefert.

Westdeutschland soll zum Aufmarschgebiet und Waffenarsenal für den neuen Krieg gemacht und sogar gezwungen werden, dem Kriegsblock der „Westunion“ und des Nordatlantikpaktes anzugehören. Während diese für Deutschlands Wirtschaft und staatliche Selbständigkeit tödlichen Schläge geführt werden, setzen die westlichen Imperialisten in London mit dem Besatzungsstatut den Schlußstrich unter die koloniale Versklavung Westdeutschlands.

Wir klagen die Regierungen von Amerika, England und Frankreich des Bruches des Potsdamer Abkommens an, das für ganz Deutschland eine einheitliche Regierung, eine einheitliche Friedenswirtschaft und den Abschluß des Friedensvertrages vorsieht.

Wir klagen sie der Spaltung Deutschlands an, des Versuches, Westdeutschland in eine anglo-amerikanische Kolonie zu verwandeln.

Wir klagen sie der zügellosen antidemokratischen und antisowjetischen Hetze an und der Aufrechterhaltung des von ihnen selbst hervorgerufenen Berliner Konfliktes.

Abermals hat die Sowjetunion durch die Erklärung des Generalissimus Stalin das Tor zu Verhandlungen für Deutschlands Einheit weit geöffnet.

Stellen die Westmächte, dem Vorschlag Stalins folgend, ihre Maßnahmen zur Errichtung eines westdeutschen Staates ein, durch die Deutschland und der Frieden bedroht werden, kehren sie zu den in Jalta und Potsdam mit der Sowjetunion vereinbarten gemeinsamen Beratungen über das Schicksal Deutschlands zurück, dann wird es keine Berliner Frage mehr geben, dann wird die Spannung zwischen den Mächten beträchtlich gemildert, dann wird dem Weltfrieden gedient sein.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates begrüßt deshalb mit größter Genugtuung die klaren, präzisen Antworten, die Generalissimus Stalin auf diese für Deutschland so lebenswichtigen Fragen gegeben hat.

Die offene Bereitschaft zu einer gemeinsamen Friedenserklärung, zur Festlegung der allmählichen Abrüstung, zur Verhinderung eines neuen Krieges und zur Schaffung der Einheit Deutschlands lassen die Welt aufatmen. Vom Verhalten der Westmächte hängt es jetzt ab, ob die Völker endlich auf einen dauerhaften Frieden hoffen dürfen.

Deutsches Volk! Die Stunde ist gekommen, in der Deutschlands Männer und Frauen und seine Jugend selber auf den Plan treten müssen. An Euch liegt es, jenen deutschen Politikern Einhalt zu gebieten, die von neuem das Gift der imperialistischen antisowjetischen Hetze in die Wunden unseres Volkes träufeln. An Euch liegt es, Verrätern an der nationalen Sache des deutschen

Frh.